

# Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig

Ausgabe  
Juli 2012  
NR. 67

## Verkauf der HL komm – Kurpfuscherei am offenen Stadtkonzern

von Roland Quester



Der Stadtrat hat in seiner Juni-Sitzung mit einer knappen Mehrheit von CDU und SPD die Vorlage des Oberbürgermeisters beschlossen, und nach der Perdata mit der HL komm eine zweite strategisch wichtige und ertragsstarke Stadtwerktochter zu 100 % verkauft. Ein Sinn ist darin nicht zu finden. Wie so oft ging es nur noch um das Durchziehen eines einmal begonnenen Prozesses - im Glauben, die Blamage wäre so geringer als beim Abbruch des Verkaufs. Verwaltungsspitze und Stadtratsmehrheit gerieren sich dabei als die besseren Geschäftsführungen und düpierten und frustrieren die Unternehmensgremien.

Ein ebenso unwürdiges wie bezeichnendes Schauspiel fand jetzt sein Ende. Anfang 2011 hatte sich eine Mehrheit des Stadtrates dafür gefunden, einen Verkaufsprozess für die beiden, zu 100 % den Stadtwerken gehörenden Unternehmen Perdata und HL komm zu starten. Eigentlich schon ein Unding, denn die Geschäftsführung der SWL war dagegen, gehörten beide Töchter doch zum strategischen Kern sowohl der Risikostreuung als auch der Unternehmensstrategie der SWL und sie trugen mit mehreren Millionen jährlich zum Stadtwerkgegewinn bei. Auch die Aufsichtsratsgremien von SWL und LVV votierten gegen den Verkauf. Aber - ohne diese Verkäufe, so Ober- und Finanzbürgermeister

### INHALT

Jugendhilfe – finanzierbar?	3
Aufreger Badewannenrennen am Völki	4
Neue GEMA-Gebühren drohen	4
Thomana »glauben, singen, lernen«	5
Dezentrale Unterbringung der Asylbewerber	8
Ausbildungsoffensive für ErzieherInnen	9
Kultur heißt auch wirtschaften	10
Umweltbeirat – ja/nein?	10
Stadtrats-Live-Ticker erfolgreich	11
agra-Brücke: Nein Danke!	12
Flughafenanteile bringen uns nichts	13
Neu: Ratgeber für Vereine	14
Ratsspieß	15

damals unisono, gäbe es keine Entschuldung der Holdinggesellschaft LVV, zu der neben den Stadtwerken noch die Kommunalen Wasserwerke und die LVB gehören, und dann gäbe es auch keinen Haushalt 2011. 35 Mio. müssten durch die Verkäufe in die Entschuldung der LVV fließen, dazu sollten 49 % der Perdata und 74 % der HL

Wie es um den Tourismus in Leipzig bestellt ist und, dass dieses Thema durch ein fehlendes Tourismuskonzept und fehlende Zielstellungen kein Selbstläufer mehr sein darf, erläutert Heike König auf Seite 6

Wie es OBM und Kämmerer schaffen, durch ein fadenscheinig-substanzloses Konzept vorzutäuschen, dass sie die vollständige Entschuldung Leipzigs erreichen könnten, untersucht Ingo Sasama auf Seite 7

Wie es in unserer Stadt um das Tragen politischer Verantwortung bestellt ist und wie es die Verantwortlichen immer wieder schaffen, diese von sich abzuwälzen, betrachtet Wolfram Leuze auf Seite 11

komm veräußert werden. Die Androhung saß und im Stadtrat fand sich eine Mehrheit gegen die Unternehmensgremien - allerdings, da ein wichtiges Unternehmen, sollten auch von der HL komm nur 49 % verkauft werden.

Zuerst entzog der Oberbürgermeister dann der Geschäftsführung der Stadtwerke die Zuständigkeit für den Verkaufsprozess ihrer eigenen Tochterunternehmen, faktisch ein Vorwurf der Illoyalität, und übertrug diese auf die LVV. Dann ließ er die Ausschreibung so vornehmen, dass Angebote für den 100 % Erwerb der Unternehmen möglich waren und für die 49 %-Anteile nur Alibiangebote eingingen. Dieser eklatante Vertrauensbruch gegenüber dem Stadtrat - und auch gegenüber den Unternehmen - konnte nur durchgehen, weil es nach wie vor eine Mehrheit im Stadtrat gibt, die sich selbst als kollektives Gremium nicht ernst nimmt und sich lieber dreimal an der Nase im Kreis herumführen lässt, als Verantwortung für die eigene Meinungsbildung und Entscheidung zu übernehmen.



Deckenelement Ratsplenarsaal, Neues Rathaus Leipzig  
„Das sind die Narren, die bei dem Irrtum verharren“

Die Perdata wurde dann im Januar 2012 zu 100 % verkauft - der Gewinn für die LVV lag wenigstens noch bei 12,4 Mio. €. Jetzt im Juni die HL komm, auch zu 100 % - und das bei einem Buchwertgewinn von lächerlichen 1,5 Mio. €. Macht zusammen nur rund 14 statt der angeblich unabdingbaren 35 Mio. €. Und keiner der im Stadtrat Zustimmenden, hat bei der Differenz von fehlenden 21 Mio. € auch nur mit der Wimper gezuckt. So hat man beim Verkauf der HL komm nun faktisch den Wert, mit dem das Unternehmen in den Büchern der Stadtwerke stand, gegen die gleiche Summe Bargeld eingetauscht. Damit können die Stadtwerke jetzt z. B. Kredite ablösen, was allerdings nicht sehr vorteilhaft ist, weil die Rendite aus der HL komm über

den Zinsen der Kredite lag. Man kann mit dem Geld auch in Geschäfte für zukünftige Erträge investieren - aber wozu wurde man dann gerade gezwungen, mit dem Verkauf von Perdata und HL komm aus zukunfts-trächtigen und renditestarken Beteiligungen zu deinvestieren?

Mehr als 7 Mio. € Ergebnisbeitrag wird der Verkauf allein der HL komm die Stadtwerke bis 2016 kosten - aber Verwaltungsspitze und Ratsmehrheit fordern von den Stadtwerken nicht weniger, sondern mehr Jahresgewinn. Wie? Das soll nun wieder das Unternehmen selbst mit seiner Führung richten, denen man gerade gnadenlos im ureigenen Geschäft rumgefuehrt hat - gerade so, als ob im Fußballverein nicht der verantwortliche Trainer, sondern der Präsident die Mannschaftsaufstellung macht, der Trainer aber dann den Kopf für das Spielergebnis hinhalten soll.

So verhält sich der Stadtrat (genauer: insbesondere die, welche immer im Munde führen, kommunale Unternehmen sind potenziell schlecht aufgestellt, weil in sie immer politisch reinregiert wird!) gleichzeitig wie ein ganz großer Besserwisser, in dem er sich in das operative Geschäft von GmbHs einmischt und Entscheidungen gegen die Kompetenz des dafür bezahlten Managements trifft (die er dann conse-

## Neues aus dem Stadtrat

### Ratsversammlung künftig über Live-Stream

Mehr Bürgernähe: Bereits seit 2011 übertragen die Städte Passau und Erfurt ihre Stadtratssitzungen über Live-Stream im Internet. In immer mehr deutschen Kommunen steht das Thema mittlerweile auf der politischen Agenda. Der Stadtrat beauftragte den OBM zu prüfen, wie eine Live-Übertragung der Ratsversammlung juristisch, technisch und wirtschaftlich zu realisieren ist. Dazu ist dem Stadtrat ein konzeptioneller Vorschlag zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Außerdem ist der Live-Stream öffentlich auszuschreiben und die größtmögliche Anzahl geeigneter BieterInnen hierbei zu berücksichtigen.

### Heizpilzverbot gekippt

Nach hitziger Debatte lehnt der Stadtrat das Verbot von gas- und elektrisch betriebenen Wärmestrahlern ab, welches wir und die Fraktion Die Linke. ge-

quenterweise eigentlich entlassen müsste) und wie ein ganz großer Verantwortungsverweigerer, weil er seine eigenen Beschlüsse und Argumente nicht für 5 Cent ernst nimmt und statt die Verwaltung zu lenken und zu kontrollieren, lieber sich selber lenken lässt und ideologische Steckenpferde reitet. Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch aussieht, ist so nur Ausdruck ein und der selben ohnmächtigen Haltung dem eigenen Stadtratsmandat gegenüber. Am ‚besten‘ brachte das die CDU-Fraktion auf den Punkt: in dem sie nur den Arm hob, sich an der Debatte aber erst überhaupt nicht beteiligte.

Ein kleines Chapeau! dafür, die Gelegenheiten sind rar wie Kamele in Finnland, der FDP-Fraktion: als glühende Privatisierer, die mit ganzem Herzen dafür sein wollten, haben sie sich in der Abstimmung zum HL komm Verkauf zumindest enthalten, weil sie nicht für jede noch so schlecht inszenierte Tanznummer als Bär zur Verfügung stehen wollten. Die Ohrfeige von dieser Seite für den Oberbürgermeister müsste eigentlich noch viel mehr weh tun, als die von unserer Fraktion. Für die weitere Entwicklung der Holding LVV und ihrer Tochterunternehmen lässt der Prozess der letzten anderthalb Jahre und das Handeln der verantwortlichen Protagonisten jedoch Schlimmes befürchten.

fordert hatten, nachdem die Kampagne zum freiwilligen Verzicht der Heizpilze seitens der Verwaltung gescheitert war. Die vom Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) in Leipzig nach dem Motto „Für jeden Heizpilz ein Baum“ gestartete Pflanzaktion hat offensichtlich Eindruck bei der Mehrheit des Stadtrates hinterlassen.

Grünen-Stadtrat Roland Quester begründet den Antrag mit den drohenden Folgen des Klimawandels und der Ressourcenverschwendung. Er fordert ein Umdenken bei jedem Einzelnen im täglichen Handeln: „Schön warm ist es Drinnen!“

### Stadtrat beschließt Auflösung der PUUL GmbH

Die PUUL GmbH wurde 2001 im Vorfeld der Standortentscheidung für das neue BMW-Werk in Leipzig als ein Tochterunternehmen der Stadt Leipzig gegründet. Nun hat der Stadtrat das „Aus“ des kommunalen Personaldienstleisters beschlossen. ►►



# Jugendhilfe im Spagat zwischen Realität und notwendigen Fachstandards

von Annette Körner



**Die Erwartungen an MitarbeiterInnen der Jugendhilfe in Jugendtreffs und Beratungsstellen, auf der Straße und an Brennpunkten sind hoch. Eine Absicherung der Arbeit bei Freien Trägern durch Fachstandards, Anstellungsverhältnisse mit beruflichen Perspektiven und Existenz sichernden Gehältern ist dagegen kaum möglich. Kurz: Die Gesellschaft will viel und zahlt wenig und kaum zuverlässig.**

Die Realität sieht so aus, dass viele Freie Träger inzwischen MitarbeiterInnen über Teilzeitverträge binden, aber mehr gearbeitet wird, damit die geforderten Öffnungszeiten eingehalten werden. War das angestrebte Mindestniveau bis 2005 noch 2,5 sogenannte Vollzeitäquivalente, sind es heute unter zwei. Während regelmäßig und penibel an die Verwaltung über die eigene Arbeit berichtet werden muss und sogar kleinste Ausgabebelege im Original zur Prüfung einzureichen sind, passen die aktuellen planerischen Vorgaben des Jugendamtes ebenso wie bereits die jährlichen Zuschussauflagen kaum zu den ausgereichten finanziellen Mitteln. Es ist nicht gutzuheißen, wenn Freie Träger berichten, dass sie tariflichen Forderungen aufgrund der gleichbleibenden Zuwendungen nur mit Stundenkürzungen bei den MitarbeiterInnen begegnen können. Dies gefährdet notwendige Jugendhilfeleistungen, Präventionsaufgaben und das sozialpolitische Klima insgesamt in der Stadt.

In den letzten Jahren waren wir insofern erfolgreich, dass die städtischen Fördermittel in der Summe nicht gekürzt wurden,

durch fraktionsübergreifende Mehrheiten sogar draufgesattelt wurde. Vor zwei Jahren hatte die sächsische Landesregierung jedoch die Jugendpauschale, die Kreise und Städte für jede/n Jugendliche/n unter 27 Jahren vom Freistaat bekommen, um ein Drittel auf 10,40 € abgesenkt. Dies hieß für unsere Stadt eine Fehlsomme von über einer halben Mio. € im Etat für die Förderung Freier Träger der Jugendhilfe und konnte nicht vollständig kompensiert werden. Angespannt ist die Situation heute in vielen Vereinen zusätzlich durch fehlende MitarbeiterInnen des zweiten Arbeitsmarktes aufgrund der geänderten bzw. reduzierten Beschäftigungsförderung. Der nun vorgelegte neue Fachplan Kinder- und Jugendförderung für 2012 bis 2016, wir schrieben bereits darüber, nimmt auf diese Probleme keine Rücksicht. Wie ist dieser nun in seiner Realisierbarkeit einzuschätzen?

Als eine interne Begründung für die Fassung von sieben neuen Planungsräumen, in die Leipzig nun eingeteilt wird, wurde die Rücksichtnahme auf begrenzte Verwaltungskapazitäten im planenden Jugendamt angeführt. Inzwischen haben sich Freie Träger und wir Ausschussmitglieder mit der neuen Sichtweise angefreundet, nachdem die Planungsräume auch fachlich unteretzt wurden. Freie Träger können sich zudem in jedem Raum für die Rolle als zentraler Manager und für eine Koordinierung des Trägernetzwerkes bewerben. Die Angebote der Jugendhilfe sollen sich auf geänderte Demografien in den Stadtteilen bzw. Planungsräumen ausrichten wie auch auf soziale und kulturelle Entwicklungen, sie sollen Standards der Betreuung und Beratung einhalten und insgesamt die Qualität in der Jugendhilfe sichern. Wie dies zu bezahlen ist, das bleibt in den Monaten vor der nächsten Haushaltsdebatte noch ein offenes Rätsel. Der Jugendhilfeeetat müsste bereits heute um ein Viertel höher sein, um bestehende Projekte bedarfsgerecht zu finanzieren. Wolken und Stürme deuten sich bereits an, denn die Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen werden diese Standards umsetzen wollen, und dazu reicht der bisherige Fördertopf keineswegs. Dann hieße dies aber das Aus für zahlreiche Projekte und möglicherweise auch

►► Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten musste die Stadt ihrem Tochterunternehmen im April dieses Jahres einen Kreditrahmen in Höhe von 150.000 € einräumen. Andernfalls hätte das kommunale Unternehmen seinen 15 MitarbeiterInnen keine Löhne mehr zahlen können. Hintergrund der Misere sind die zuletzt zu geringen Umsätze bei der Arbeitsvermittlung.

## Grünen-Initiative endlich erfolgreich: Die Markthalle kommt!

Bereits im Dezember 2008 hat die Ratsversammlung auf Initiative der Grünen-Stadtratsfraktion einstimmig den Beschluss gefasst: „Schaffung von Baurecht für eine Markthalle am Wilhelm-Leuschner-Platz“. Die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses wurde von der Verwaltung jahrelang verschleppt.

Nun hat der Stadtrat mit zwei Stimmen Mehrheit (!) beschlossen, dass die Markthalle weitgehend auf den historischen Grundmauern des Hauptkörpers errichtet werden soll. Das Grundstück soll zudem sofort in entsprechender Größe ausgeschrieben werden. Die Verwaltung konnte sich mit ihrem Ansinnen nicht durchsetzen, dass Wettbewerbsverfahren zum Einheits- und Freiheitsdenkmal abzuwarten.

Ingo Sasama zeigt sich über den äußerst knappen Stadtratsbeschluss und den mit der Verwaltung gefundenen Kompromiss erleichtert. Dieser Kompromiss ermöglicht es nun, die von der Verwaltung gewünschte Sichtachse zum neuen Platz der Friedlichen Revolution durch die Verlängerung der Leplaystraße zu ermöglichen. Zugleich kann die neue Markthalle aufgrund der Nutzung von zumindest drei alten und noch sehr stabilen Grundmauern kostengünstig realisiert werden.

Inzwischen gehen SPD und Linksfraktion massiv gegen den Stadtratsbeschluss vor. Mit einem gemeinsamen Antrag wollen sie nun versuchen, durch zahlreiche Verfahrenstricks die Markthalle noch zu verhindern.

Einrichtungen. Doch mehr Geld für die Jugendhilfe bei zugleich rasantem Ausgabeanstieg im Kita-Bereich, einem Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kita-Platz und notwendigem Schulneubau – wie lässt sich dies durchsetzen? Wir und unsere Stadt werden daran gemessen und müssen uns auf Prioritäten und Finanzen einigen. Dies wird nicht konfliktfrei gehen, und wir brauchen dazu Verbündete.

# Mit der Badewanne zum Heldendenkmal

von Ansgar König

Es gibt einen neuen Aufreger: das Badewannenrennen am Völkerschlachtdenkmal. Seit 15 Jahren ein beliebtes Event, ausgerichtet von der naTo und mitgetragen u. a. vom Völkerschlachtdenkmal-Förderverein, ist das Rennen ein fester Termin im Stadtleben Leipzigs. Niemand – auch nicht Herr Feist, MdB (CDU), als er noch nicht im Bundestag war – hat sich bisher daran gestört, dass vor dem Denkmal von Konzerten bis hin zur Bierbörse die unterschiedlichsten Veranstaltungen laufen.

Nun pünktlich zum OBM-Vorwahlkampf wird eine Sau bzw. Badewanne mit Getöse durch die gutbürgerliche Stadt Leipzig getrieben. Dass wir Deutschen ein Problem haben mit Patriotismus, Erinnerungs- und Trauerkultur wird hier zur

Abwechslung mal an der Badewanne durchgeführt. Jetzt soll das Thema auch noch in den Stadtrat. Hat die CDU keine anderen Probleme?



Das Denkmal, 1913 von Kaiser und Zar eingeweiht, ist nicht nur eine Trauerstätte, sondern passt mit seiner Verherrlichung von Heldentum und deutscher Größe durchaus in die Zeit des Vorabends des Ersten Weltkriegs. Doch dem Bild von Krieg, Zerstörung, soldatischem Heldentum und tiefer Trauer darf durchaus etwas Lebensfreude entgegengesetzt werden. Die Aura unseres Völkis, dieses martialischen Sandsteinklotzes, in seiner Monumentalität einmal jährlich zu brechen, das muss – mit Verlaub – erlaubt

sein, ohne dass gleich von Entweihung geredet wird. Als langjähriger Hospizhelfer kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass richtig verstandene Trauer immer auch ein gutes Quäntchen Freude und Ironie in sich trägt, ohne den das Leben grau und trostlos bleibt. Genau deswegen haben wir zum 100. Geburtstag am Grab meiner Großmutter zusammen einen Sekt aufgemacht und waren sicher, dass ihr das gefällt!

Es mag (k)ein Zufall sein, dass gerade zur Fußball-EM spürbar war, dass sich ein neues Nationalgefühl Bahn bricht. Das muss nichts Schlechtes sein, wenn es um Gemeinsinn und Solidarität geht. Es gibt aber auch die andere Seite, wo AsylbewerberInnen als Feindbild gebraucht werden oder das Völki – das schon immer mal gut war für manch rechtes Pathosgedöns – wieder mal als lupenreine nationale Trauerstätte erhalten muss.

Wenn jedoch am See der Tränen in den letzten 20 Jahren tatsächlich schon mal eine solche vergossen wurde, dann doch eher, weil einer ein Badewannenrennen verloren hat. Und das darf auch so bleiben.

# GEMA führt 2013 neue Tarifstruktur ein – eine Verwaltungsposse sondergleichen

von Norman Volger



Die neue Berechnungsgrundlage der GEMA könnte dazu führen, dass sich die Gebühren für Clubs und Diskotheken um 400 bis 500 % erhöhen, stellenweise um bis zu 1.000 %. Die Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen befragte daher die Stadtverwaltung nach ihrem Standpunkt zur neuen Tarifstruktur der GEMA.

Beabsichtigt die Stadt, im Sinne der Leipziger Clubszene aktiv zu werden, um ein GEMA-induziertes Clubsterben zu verhindern? Schließlich ist die vielfältige, deutschlandweit bekannte Clubszene Leipzigs nicht nur ein kultureller Standortfaktor, sondern auch ein ökonomisch nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsbereich der Stadt, was Arbeitsplätze, Umsatzrentabilität und Steuerzahlungen betrifft. Eigentlich ganz leicht nachzu-

vollziehen und logisch, gerade für einen Wirtschaftsbürgermeister, sollte man zumindest meinen.

Jetzt kommen wir zur Posse: Wirtschaftsbürgermeister Albrecht (CDU) kommt unvorbereitet und ohne Antwort zur Anfrage in den Stadtrat. Offensichtlich scheint ihm dieses Thema nicht wichtig genug zu sein. Aber statt wenigstens kurz aus dem Stehgreif Stellung zu nehmen, was einem seinen Job adäquat ausübenden Bürgermeister ja nicht schwerfallen sollte, blieb er einfach sitzen und winkte ab – ein bis dato nie erlebter Vorgang im Stadtrat. Egal, ob Bürgermeister Albrecht unwillig oder unfähig ist, beides disqualifiziert ihn für den Job als Wirtschaftsbürgermeister. OBM Jung schlug abschließend vor, die Anfrage in den nächsten zwei Wochen schriftlich zu beantworten. Unsere Fraktion lehnte aber verständlicherweise ab und verlangte die mündliche Beantwortung durch Albrecht in der nächsten Ratssitzung. Wir werden ein solches Verhalten nicht durchgehen lassen und ggf. Konsequenzen ziehen.

## Neues aus dem Stadtrat



### Faire Beschaffung in der Stadt Leipzig

Die Stadt Leipzig ist seit 2009 „Fair Trade Town“. Wir fordern nun, dass sich die Stadt Leipzig das Ziel setzt, bei der Beschaffung von Produkten, die aus Nicht-EU-Ländern importiert werden, auf das „Transfair“-Siegel oder auf gleichwertige Zertifikate zu bestehen, um dem Verlust von Regenwäldern, Biodiversität und der Ausbeutung von Arbeitskräften zu begegnen.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll u. a. ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet werden.





# „glauben, singen, lernen“ und/oder Über den anderen Christian Wolff

von Bert Sander



Die Jubiläumsfeier zum 800-jährigen Bestehen der Trias „Thomaskirche, Thomanerchor, Thomasschule“ steht unter dem Motto „glauben, singen, lernen“. Christian Wolff, derzeit Pfarrer an der Thomaskirche, stellt in seinem Grußwort zur Broschur „*Programm. 800 Jahre THOMANA. Jubiläum 2012*“ die Frage: „Wie kann es sein, dass drei Institutionen die Reformationszeit und den damit verbundenen Konfessionswechsel, die Verwerfungen im 30-jährigen Krieg, das Dritte Reich und die Zeit von Diktatur und Bevormundung in der DDR-Zeit überstanden haben?“ Für Pfarrer Wolff „kann [es] nur die eine Antwort“ geben: „Es ist der Gegenstand, der bis zum heutigen Tag das Kontinuum schafft: der *Glaube* in der jüdisch christlichen Tradition und die damit verbundenen Werte“.

Am Anfang von allem steht also der christliche Glaube, immerhin, so Pfarrer Wolff, sind mit dem Glauben spätestens seit der Reformation Moral, Bildung und überhaupt die Vernunft untrennbar verbunden. Folgt man dieser Prämisse, entspricht die Reihenfolge im Motto „glauben, singen, lernen“ doch wohl eher einer Rangfolge – was dem apostrophierten „Dreiklang“ aus „glauben, singen, lernen“ dann allerdings geradezu kategorisch-imperative Züge verleiht. Das dieser Verdacht nicht unbegründet ist, belegen weitere Wolffsche Einlassungen im besagten Grußwort: „Das gesungene *Wort Gottes* erweist sich als eine *Überlebensration* in einer kulturell und ethisch verwil-

berten und von Elend zerrütteten Welt“ und „was unsere Gesellschaft dringend braucht: kulturell gebildete, *religiös gebundene*, sozial kompetente und demokratisch gesinnte Menschen“.

Um das rechte Verhältnis von Glaube, Wissen und Moral streiten Theologen und Philosophen bereits seit Kirchenvater Augustinus Zeiten. Die Palette der Positionen reicht selbst in der mittelalterlichen Scholastik von „Ich muss glauben, um zu wissen“ (Anselm von Canterbury) bis „Ich muss wissen, um glauben zu können“ (Pierre Abélard). Aber spätestens seit der Renaissance und der sich daran anschließenden neuzeitlichen Aufklärung leitet sich der Bildungs-, Wissens-, überhaupt der Vernunftbegriff eben nicht aus dem Glauben, wie Pfarrer Wolff propagiert, sondern vielmehr aus der Emanzipation der Vernunft vom Glauben bzw. der Philosophie und Wissenschaft von der Theologie ab, was Pfarrer Wolff tunlichst unterschlägt.

Und auch im Hinblick auf die von Pfarrer Wolff vielbeschworene Moral ist es keineswegs so, dass diese sich notwendigerweise aus der christlichen Religion ableitet. Die folgende Historie soll ein Beleg dafür sein: Wie es der listige Zufall so will, die aufgeklärte Bürgerstadt Leipzig hat noch einen anderen Christian Wolff aufzubieten, allerdings einen aus ganz anderem Holze. Der Christian Wolff, den ich meine, zählt neben Leibniz und Christian Thomasius zu den geistigen Leuchttürmen der deutschen Frühaufklärung. Also, aus *gebotenem* Anlass, heißt: *eben nicht nur* Wolffs diesjährigen 333. Geburtstags wegen, sei hier an diesen vortrefflichen Mann erinnert: Christian Wolff, geboren 1679 in Breslau, gestorben 1754 in Halle, eines Handwerkers Sohn, studierte zunächst Theologie, Physik und Mathematik in Jena, habilitierte sich 1702 und lehrte ab 1703 privat an der Universität Leipzig. Auf Empfehlung des großen Leibniz wurde er 1706 im Alter von nur 27 Jahren zum Professor der Mathematik und Philosophie an die Universität Halle berufen. Doch schon bald bereiteten ihm dort die Theologen die niederträchtigsten Intrigen. Denn nicht genug damit, dass Wolff seine Philosophie in deutscher Sprache vortrug und also als ein „Luther der



Philosophie“ wirkte, schlimmer noch, Wolff setzte in seiner Philosophie allein auf rationalistische Vernunft; die Welt gliederte er in ein mathematisches System, in dem nichts dem Zufall überlassen blieb und in dem nicht nur der Mensch, sondern sogar Gott logischen Notwendigkeiten gehorchen musste. Doch endgültig das Fass zum Überlaufen brachte Wolffs Rede „Die Sittenlehre der Sineser“ (1721). Am Beispiel der chinesischen Kultur wies Wolff hier nach, *dass selbst Heiden und sogar gottlose Atheisten Tugend und verantwortungsvolle, mitmenschliche Moral aufbieten*.

Damit war alles Maß überschritten. Der Abtrünnige wurde von den Theologen zu einem öffentlichen Ärgernis ersten Ranges erklärt. Und gar nicht zimperlich war man auch um eine Denunziation nicht verlegen. Die Frömmigkeit rief den preußischen Soldatenkönig Friedrich Wilhelm um Hilfe an, sie schilderte dem passionierten Soldatenfreund in für ihn besonders eindrucksvollen Bildern die Konsequenz der Wolffschen Philosophie, nach der der Mensch nämlich keinen freien Willen besitze und die Soldaten daher auch nicht aus freiem Willen desertieren würden, sondern durch das von Gott festgelegte Schicksal in ihrem Tun vorbestimmt wären und darum an und für sich auch nicht zur Verantwortung gezogen werden könnten. Der König, natürlich hierüber höchst aufgebracht, befahl augenblicklich und unter Androhung des „Stranges“ Wolffs Entlassung und Vertreibung.

Erst Wilhelms Sohn, Friedrich der Große, wollte Wiedergutmachung und erstattete 1740 in einer seiner ersten Amtshandlungen Wolff ein attraktives Angebot: „*Zur Beförderung derer Wissenschaften in Unsern Landen beschließen wir, Euch zum Vicekanzler der Universität Halle, wie auch zum Professor der Mathematik daselbst dergestalt aller gehorsamst anzunehmen und zu bestellen, dass ihr die Freiheit haben sollet, zu lesen, was Euch gefällt.*“ Und Friedrich verbot den eifernden Theologen den Mund und überhaupt das Streiten.

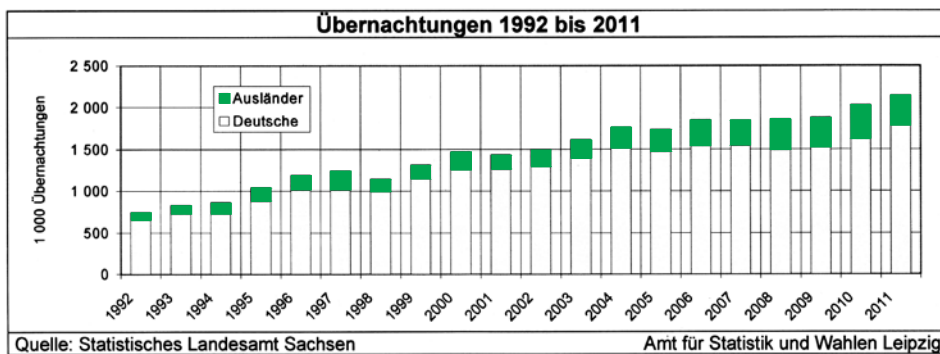
# Von nix kommt nix – Wirtschaftsfaktor Tourismus

von Heike König

Schaut man auf die jüngsten Tourismuskennzahlen Leipzigs, dann ist alles klar: Sie steigen, Leipzig liegt bei den Magic Cities mit den besten Übernachtungszahlen im ersten Vierteljahr 2012 ganz vorn, noch vor den größten Playern wie Berlin oder Hamburg. Die Leipzig Tourismus und Marketing GmbH (LTM) macht einen guten Job. Leipzig hatte 2011 ein touristisches Rekordjahr, auch 2012 Rekordzuwächse: im ersten Quartal die höchste Anzahl an Gästen, die Leipzig je in den letzten 20 Jahren besuchten. THOMANA-Jubiläum, neue Fluglinien von Ryan Air, die wachsende Anzahl an Kongressen oder das Gondwanaland machen's möglich. Damit wirbt Leipzig, da sind wir einsame Klasse und stolz auf unsere Stadt und ihr Image.

nicht bauen, kann LTM auch nicht vermarkten!

Sucht man unter den Zuständigkeiten in den sieben Dezernaten, so findet man das Thema Tourismus nirgends explizit. Wer überblickt und koordiniert alle Bedarfe und Planungen an touristischer Infrastruktur, auch über den städtischen Tellerrand hinaus? Oft arbeiten die Ämter und Institutionen ohne Absprache miteinander. Wie auch immer, wenn keiner die Richtung weist, macht jeder seins. Fehlt hier etwa die Erkenntnis der Notwendigkeit? Nein, die ist wohl inzwischen da. Eine wirkliche Strategie zu touristischen Entwicklungszielen für Leipzig allerdings fehlt. Die Mitgliederversammlung des Leipzig Tourist Service e. V. (LTS) – der Mutter der LTM – diskutierte am 27. März



Allerdings – nicht immer steht Qualität drauf. Feste? Bachfest, ja, Stadtfest, na ja ... Wer Leipzig kennenlernen will, sollte da nicht anreisen, weil ein planfreier Mischmasch von Bundeswehr, Riesenrad, Fress- und Shoppingtrubel alles verstellt, was sehenswert ist, und zudem noch vierteljährlich saisonal neu bekleidet daherkommt. Dort sind wir beliebig.

Was macht der Städtetourist mit Wohnmobil, wenn er ins Zentrum möchte? Stellplatz Querstraße – hässlich und kein Grün! Oder die stringente und gästepfrendliche Ausweisung von touristischen Radwegen. Hmm. Reitwege? Nächstes Thema bitte ...

Was also soll man schließen oder qualifizieren, was soll man fortsetzen oder weglassen? Was sind die Alleinstellungsmerkmale für Leipzig und was verwischt die Konturen? Wo kommt eigentlich das her, was LTM 2020 vermarkten wird, z. B. die Marina Leipzig Lindenau? Wie entsteht touristische Infrastruktur? Einfach gesprochen: Was die Stadt oder Private

den Marketingplan für 2012 – das greift entschieden zu kurz. Tourismus ist ein Wirtschaftsfaktor, gehört also ins Dezernat Wirtschaft. Er bedarf dringend einer gezielten Entwicklung und strategischen mittel- bis langfristigen Planung, gerade vor dem Hintergrund der jüngst im Auftrag des Sächsischen Wirtschaftsministeriums erarbeiteten „Tourismusstrategie Sachsen 2020“ und der sich daraus ergebenden Veränderungen in Sachsen! Wie aber bündelt man das alles?

Unsere Fraktion hat einen touristischen Entwicklungsplan beantragt: Stärken und Schwächen benennen, langfristige Entwicklungsziele aufzeigen und formulieren, strategische Handlungsfelder, Prioritäten, Veranstaltungshöhepunkte definieren, Ökologie, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit müssen dabei eine starke Rolle spielen. Und das alles soll nicht im Hinterzimmer passieren. Wir Stadträtinnen und Stadträte wollen und müssen beteiligt werden.

## Neues aus dem Stadtrat



### Stadtrat beschließt Radverkehrs- entwicklungsplan 2010–2020

Viele Änderungsanträge sowie Stellungnahmen aus den Stadtbezirken ließen erkennen, dass die Drucksache in weiten Teilen zu wenig konkret und ambitioniert ist. So wurden die weitgehenderen Ziele zur Förderung der Radverkehrsentwicklung der interfraktionellen Anträge der Fraktionen Die Linke., SPD und Bündnis 90/Die Grünen auch beschlossen.

Einige Kernpunkte der interfraktionellen Initiativen sind:

- Statt auf lediglich 18 % soll der Radwegeanteil sich bis 2020 von 14,4 % (2008) auf nun 20 % erhöhen.
- Die Senkung des relativen Unfallrisikos je EinwohnerIn, beim Radfahren durch einen Unfall schwer verletzt und getötet zu werden, soll bis 2025 gegenüber dem Jahr 2008 um 25 % gesenkt werden.
- Außerdem soll ein detailliertes Konzept zum Abstellen und Parken von Fahrrädern erarbeitet werden. Auch bei Straßenbaumaßnahmen im Nebenstraßennetz sind die Belange des Radverkehrs zu berücksichtigen.
- Insbesondere bei der Entscheidung über Deckensanierungen ist auch die Rolle der Straßen im Radwegnetz zu betrachten.
- Zur Realisierung des Radverkehrsentwicklungsplans wird ein jährlicher Haushaltsansatz von mindestens 5 € je EinwohnerIn angestrebt.

### OpenOffice in der Stadtverwaltung

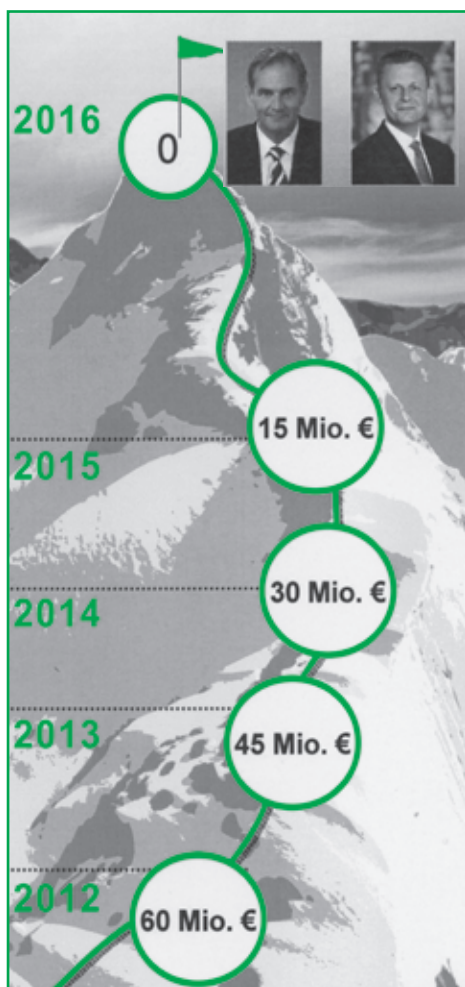
Zukünftig wird OpenOffice die Standardbürosoftware der Stadtverwaltung. Die Verwaltung schlägt nun endlich den Weg der lizenzkostenfreien Nutzung des Open-Source-Produktes OpenOffice ein. Bereits jetzt kann parallel zum Microsoftprodukt mit dem neuen Programm gearbeitet werden, mit dem nächsten Rollout ist dann schon gar kein Microsoft mehr auf den Rechnern. Dies spart enorme Kosten.

Die Verwaltung folgte mit dieser Vorlage unserer Fraktion: Wir hatten der Lecos GmbH diese Forderung – neben der Einführung von Green IT – im vorigen Jahr ins Stammbuch geschrieben, als dieses Unternehmen erneut beauftragt wurde, IT-Leistungen für die Verwaltung zu erbringen.



# Götter auf dem Weg zum Olymp

von Ingo Sasama



So präsentiert sich die Stadtverwaltung

**Groß medial gepriesen – wichtig dargestellt: Das Entschuldungskonzept für Leipzig bis 2016. OBM Jung und Finanzbürgermeister Bonew ist wohl kein Bild zu gewaltig, um ihr sogenanntes Entschuldungskonzept für die Stadt feiern zu lassen. Aber kratzt man am Lack, dann platzt die Blase ...**

Ein Berg zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes wird erstürmt, das Basislager ist das Jahr 2012 mit einem Defizit von 60 Mio. €. Über drei Zwischenlager wird der Gipfel im Jahre 2016 mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt gestürmt. Strahlend stehen die Gipfelstürmer: Burkhard „Messner“ Jung mit seinem Sherpa Torsten.

Selbstverständlich ist es ein wichtiges Ziel bündnisgrüner Politik, eine vollständige Entschuldung zugunsten kommender Generationen zeitnah zu erreichen. Wege dazu und konkretes Handeln haben wir in den letzten Jahren immer wieder aufgezeigt. Stellt man aber dagegen das Han-

deln der Stadtspitze neben ihre kühnen Pläne, entpuppt sich der ganze Glamour schnell als Seifenblase.

Betrachten wir die Ausgangslage: Nach einer deutlich und kontinuierlich sinkenden Verschuldung bis 2009 (und in dieser einen Beziehung darf man Exkämmerin Kudla durchaus mal was Gutes nachsagen) steigt die Verschuldung nach 2010 wieder konstant wachsend an: von 911 Mio. € 2005 auf 716 Mio. € 2011 und weiter auf 733 Mio. € 2012. Die Zinsen i. H. v. 26 Mio. (2012) fehlen uns für Investitionen.

Dies ist nicht verwunderlich, kein Zufall oder nur von außen verursacht. Denn gibt es Einsparungen von Verwaltungsausgaben, eine grundlegende Aufgaben- und Verwaltungsstrukturkritik und daraus folgend eine Reform? Fehlangeize! So steigen die Verwaltungskosten kontinuierlich an. Eine Verwaltung muss permanent an die sich ändernden Erfordernisse der Gesellschaft angepasst werden. Was tun Jung und Verwaltungsbürgermeister Müller (SPD)? Nichts! Anpassung heißt für sie Aufstockung, was nur in bestimmten Bereichen richtig ist (z. B. mehr MitarbeiterInnen in Kitas, ARGE etc.). Reduzierungen, auch Abbau von Stellen, wo Aufgaben entfallen sind und wo eine Kürzung richtig und begründbar ist, werden verschleppt und frühestens mit dem Ruhestand der betreffenden MitarbeiterInnen zögerlich und halbherzig umgesetzt. So erwarten wir schon jetzt wieder für 2013 mindestens 9,2 Mio. € Mehrbedarfe.

In Anbetracht des Handelns sind darüber hinaus Zweifel angebracht, ob der OBM ernsthaft sparen will. Denn das bedeutet auch, einmal NEIN zu sagen und von teuren Prestigeobjekten Abschied zu nehmen. Der Ausbau des Lindenauer Hafens, die teure und gegenwärtig nicht notwendige Sanierung der Kongresshalle, überzogene Straßenbauprojekte und nicht zuletzt fehlende effiziente Strukturen der Eigenbetriebe Kultur – überall haben wir es mit Versprechen und Mehrausgaben zu tun, die der OBM nach Gutscherrenart verteilt.

Mit lautem Gehabe protzt die Verwaltung in ihrer Vorlage mit einem Vergleich der

Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber westdeutschen Städten. So stehen wir besser da als z. B. Köln, München, Dortmund oder Frankfurt/Main. Der Vergleich mit den Kommunen aber hinkt, da diese über eine weitaus größere Wirtschaftskraft und ein entsprechend höheres Steueraufkommen verfügen, die die Kredite viel stärker absichern als bei uns.

Ein wesentlicher Grundpfeiler der Entschuldungsplanung beruht auf kontinuierlich und stetig steigend Steuermehreinnahmen. Steigerungen von 5 bis 10 % jährlich bei der Gewerbe- und Einkommensteuer sind rosaroten Wunschträumen entlehnt. Wer glaubt, dass die weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrisen dauerhaft an Deutschland und damit an Leipzig vorbeigehen werden, ist ein Fantast!

Nicht beachtet sind zudem die Risiken, die sich nicht nur aus dem KWL-Skandal um Heininger, sondern auch aus den zahlreichen Finanzgeschäften wie CBL und CBO ergeben, wo schon jetzt erhebliche Ausfälle realistisch sind. Vorsorge dafür? Fehlangeize!

Um nicht missverstanden zu werden: Wir halten eine Entschuldungskonzeption für sinnvoll. Aber das, was der OBM uns vorgelegt hat, ist das Papier nicht wert, auf das es gedruckt wurde.

## Mehr Transparenz: Beschlüsse jetzt im Volltext im Amtsblatt und Internet

Zur Beförderung des Interesses an der Arbeit des Stadtrates hält die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen es für erforderlich, den gesamten Beschlusstext von Anträgen der Fraktionen, Petitionen sowie Vorlagen der Verwaltung im Amtsblatt zu veröffentlichen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die vom Stadtrat und seinen beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse werden ab sofort neben der Darstellung auf der Website auch in redaktionell zusammengefasster Form im Amtsblatt der Stadt Leipzig im Wortlaut veröffentlicht.

## Leipziger Oberbürgermeisterwahl am 27. Januar 2013

Der Stadtrat bestätigte den Termin zur Oberbürgermeisterwahl 2013. Sollte kein/e BewerberIn im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt worden sein, findet ein erneuter Wahlgang am 17. Februar 2013 statt. Ausreichend für die Wahl zur/m OBM im zweiten Wahlgang ist dann die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

# Weltoffenes Leipzig?

von Katharina Krefft

**Am 7. Mai 2012 passierte das Konzept „Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Leipzig“ die Dienstberatung des OBM. Damit begann eine öffentliche Diskussion, auf die einige LeipzigerInnen nicht stolz sein können.**

Seit meiner Kindheit kenne ich Geschichten von Flucht. Die 22-jährige Großmutter, die Ostpreußen mit ihrer 2-jährigen Tochter verlassen musste, war immer wieder Thema. 1983 kam eine Familie in das beste Wohnviertel meiner Heimatstadt, weil ihr hier ein Häuschen zugewiesen wurde. Sie hatten 1982 von einer Konzertreise nicht nach Polen zurückkehren können. Der Arzt, der Studientrat, der Kaufmann legten zusammen, um den Haushalt der neuen Nachbarn auszustatten.

In Leipzig-Wahren sind es angesehene etablierte BürgerInnen, die die Bürgerinitiativen gegen die Nachbarschaft mit Asylsuchenden anführen. Die vielfach beschriebene Fremdenangst in Ostdeutschland bekommt damit ein Gesicht. In der



2000 Jahre später ...

Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, dezidiert nicht rechtsradikal, macht sich ein erschreckendes Phänomen breit. Anscheinend gibt es keine Vorstellung von Flüchtlingen, wie sonst kann man diesen pauschal Kriminalität unterstellen und den Wertverlust der Immobilie befürchten, sich sogar um den Schulweg der Kinder sorgen.

Im Juli 2010 beschloss die Ratsversammlung die weitgehend dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden. Vorrangig ging es um die Auflösung der Großeinrich-

tung Torgauer Straße, in der 223 Männer (Stand: 22.06.2012) in einem ehemaligen Kasernengebäude unter desaströsen Bedingungen untergebracht sind. Ausdrücklich sahen die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. neben den dezentralen Unterbringungen in Einzelwohnungen auch Gemeinschaftsunterkünfte mit bis zu 40 Bewohnenden vor, da in Sachsen neuankommende Flüchtlinge mindestens drei Monate so unterzubringen sind. Danach dürfen sie nur aus humanitären Gründen dezentral untergebracht werden. Wir wollten, dass keine Massenunterkunft mehr vorgehalten wird. Dass dies nicht einfach ist, ist auch daran zu erkennen, dass die Verwaltung so lange für ein Unterbringungskonzept brauchte.

Die Beteiligung des Stadtrates war dabei nicht gewünscht, die Bildung eines Unterausschusses aus VertreterInnen der Flüchtlinge und des FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule wurde durch die Ratsversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt. Aber wir Stadträtinnen und Stadträte wurden regelmäßig im Fachausschuss und die Öffentlichkeit zuletzt im Dezember in der Ratsversammlung, informiert. Der jeweilige Stand der Konzepterarbeitung war also allen bekannt. Die Standorte wiederum wurden bei einer Bustour für alle interessierten Stadträtinnen und Stadträte im September 2011 vorgestellt. VertreterInnen der CDU nahmen dieses Angebot jedoch nicht wahr. Dass diese dann der Verwaltung eine mangelhafte Beteiligung unterstellen, ist heuchlerisch und verlogen.

Doch es gibt auch Versäumnisse im Verfahren, da die Vorlage erst nach der Dienstberatung des OBM in Gänze öffentlich bekannt wurde. Mein Vorschlag, die Stadtbezirksbeiräte und die Bürgervereine frühzeitig zu informieren, wurde nicht aufgegriffen. Vielleicht hätte man dann mehr gesellschaftliche Aktive auf die Diskussion vorbereiten können, wie sie uns nun ereilt hat. Eine breite Beteiligung erscheint aus heutiger Sicht aber fraglich, wenn in mehr als 50 Briefen an unsere Fraktion klar und eindeutig artikuliert wird: „Nicht in meiner Nachbarschaft!“

## Neues aus dem Stadtrat



### **Stadtrat ist dafür, die Förderung der Gedenkstätte des Museums in der „Runden Ecke“ zu erhöhen**

CDU-Stadträtin Ursula Grimm hat basierend auf einem Bürgereinwand zum Haushaltsplan 2012 die „Erhöhung der Institutionellen Förderung des Bürgerkomitees Leipzig e.V. als Träger der Gedenkstätte des Museums in der ‚Runden Ecke‘ auf jährlich 100.000 €“ als eigenen Antrag im Verfahren übernommen. Unser Ergänzungsantrag dazu forderte mit der Erhöhung ein Konzept ein, welches die Zielsetzung und den Zeitplan für eine zeitgemäße, museumspädagogische, konzeptionelle Weiterentwicklung der Ausstellung darstellt.

Der Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit gegen SPD und Die Linke. beschlossen. Jetzt liegt es an dem Trägerverein, den Stadtrat durch gute Entwicklungspläne zu überzeugen.

### **Senkrechtparken in der Pfaffendorfer Straße kommt!**

Die Stadt Leipzig baut in diesem Jahr die Pfaffendorfer Straße zwischen Parthestraße und Nordplatz aus. Nach Planung der Verwaltung ist über die Länge des Blocks zwischen Gneisenaustraße und Nordplatz die bauliche Verfestigung des derzeit ausgeschilderten erlaubten Parkens auf dem Gehweg vorgesehen. Nach hitziger Diskussion folgte erwartungsgemäß eine breite Mehrheit des Stadtrates nicht unserem Antrag. Damit wird die vorgeschriebene Gehwegbreite gegen unsere Stimmen per Stadtratsbeschluss unterschritten! Roland Quester befürchtet eine Signalwirkung für weitere Stadtgebiete wie Schleußig oder das Waldstraßenviertel.

Mit dem Betreuungskonzept, der Schaffung von Beschäftigungsangeboten und der Konzeption eines Patenschaftsmodells werden aus meiner Sicht die richtigen Grundlagen gelegt: Soziale Hilfe, Angebote, sich mit den eigenen Fähigkeiten einzubringen, und Begegnungen – so könnte eine gedeihliche Nachbarschaft bei gutem Willen der Beteiligten möglich sein. In anderen Stadtbezirken stößt die Vorlage denn auch auf Zustimmung. Die Feinplanung kann losgehen, wenn der Stadtrat sich im Juli zur weltoffenen Stadt Leipzig bekennt.





# Was hat Kultur mit Wirtschaft zu tun?

von Ansgar König

**Stadtratsitzung im Juni 2012 – nach meiner Rede zur Satzungsänderung der Oper ein wütender Zwischenruf von Dr. Skadi Jennicke (Die Linke.): „Herr König, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Kulturelle Betriebe sind keine Wirtschaftsbetriebe ... hören Sie auf, solchen Unsinn zu reden!“ Nun darf man Frau Dr. Jennicke durchaus unterstellen, dass sie nicht unbewandert in Kulturfragen ist, dieser Zwischenruf aber demonstriert, wie wenig wirtschaftliches Denken im Kulturbereich verbreitet ist.**

Geht es um Kultur, wird ständig die Freiheit der Kunst bemüht. Beim Thema Finanzierung und den entsprechenden Problemen werden schnell Worthülsen wie Strukturanpassungen gebraucht, die meist aber Schließungen von Häusern oder Sparten meinen.

Dabei ist das Thema nicht neu, viele Kulturbetriebe haben aus der Wirtschaft bekannte Formen eingeführt. Aber immer noch scheinen die Widerstände groß. Bei einem Begriff wie „Controlling“ gibt es sofort Proteste gegen das „Kontrollieren der Kultur“. Doch ist es laut Wikipedia nur die Bezeichnung für internes Rechnungswesen, ein umfassendes Steuerungs- und Koordinationskonzept zur Unterstützung von führungsverantwortlichen Stellen bei der zielgerichteten Beeinflussung betrieblicher Prozesse. Ziel ist die Sicherung und Mehrung von Vermögen bzw. Erfüllung des Organisationszwecks im nichtwirtschaftlichen Bereich.

Auch ein Begriff wie Qualitätsmanagement (QM) scheint sich für NichtökonomInnen mit Kultur nicht zu vertragen. Dabei ist mitnichten die Qualitätskontrolle des Endproduktes, z. B. der Operninszenierung gemeint. Allgemein bezeichnet QM alle organisierten Maßnahmen, die der Optimierung von Produkten, Prozessen und Leistungen dienen. Als erste Bühne Deutschlands hat gerade das Festspielhaus Baden-Baden sein QM nach internationalen Standards zertifizieren lassen.

Der OBM schlägt nun vor, die Verwaltungen der Häuser zusammenzulegen. Meint er es ernst, bietet sich die Chance für de-

ren Neuaufstellung nach modernsten wirtschaftlichen Ansprüchen. Leider geht die letzte Opersatzungsänderung eher einen Schritt zurück, denn die Stärkung der/s Intendantin/en als erster/m BetriebsleiterIn gegenüber der/m VerwaltungsdirektorIn ist eine Schwächung der ökonomischen Seite. Denn nur, wenn künstlerische und wirtschaftliche Seite auf Augenhöhe sind, können moderne Theater unter dem derzeitigen enormen Finanzdruck noch bestehen. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung KGSt legte schon 1989 ein Gutachten mit dem Titel Führung und Steuerung des Theaters vor. Darin steht im Vorwort:

*„Das vielschichtige Gebilde Theater im Spannungsfeld von Kunst und Ökonomie, Administration und Technik verträgt keine ‚Patentlösungen‘. Der geniale Federstreich, der in der Haushaltskrise Millionen einspart und das Theater dennoch künstlerisch ungeschoren lässt, wird nie erfunden werden. Kultur ist nicht nur ein riesiger Wirtschaftsfaktor, sondern sie kann und muss auch viel von der Wirtschaft lernen.“*

## Umwelt- und Naturschutzbeirat überflüssig – die Irrungen und Wirrungen des Kommunalrechts

von Norman Volger

**Aufgrund der Grünen-Initiative war die Verwaltung beauftragt, einen Umwelt- und Naturschutzbeirat nach Hauptsatzung in die Wege zu leiten, indem die in Leipzig aktiven anerkannten Naturschutzeinrichtungen und – verbände und die Politik angemessen vertreten sein sollten und mit weitgehenden Selbstbefassungsrechten ausgestattet wären.**

In diesem sollte auch der Naturschutzbeirat nach dem Sächsischen Naturschutzgesetz aufgehen, der bisher als eine Art Blackbox fungierte. Die Verwaltung meinte schon bei Beschlussfassung und nun auch aktuell, dem Umwelt- und Naturschutzbeirat stehen gewichtige kommunalrechtliche Bedenken entgegen.

Nach eingehender Rechtsrecherche durch uns scheint dies zum Teil nachvollziehbar. Daher wurde der ursprüngliche Beschluss aufgehoben. Der Oberbürgermeister will

nun stattdessen bei der unteren Naturschutzbehörde zur wissenschaftlichen und fachlichen Beratung wieder den „alten“ Naturschutzbeirat einführen. So weit so gut. Glücklicherweise wurde bei der eingehenden Recherche der Rechtslage durch uns festgestellt, dass unsere Forderungen nach weitgehendem Selbstbefassungsrecht und Beteiligung der Politik auch im „alten“ Naturschutzbeirat umsetzbar sind und schon immer waren.

Die Verwaltung wollte hier in der Vergangenheit einfach nicht und hat gemauert. Letztlich hätte man sich das alles sparen können und unsere Intention schon früher berücksichtigen können. Genau hier werden die Grenzen des Stadtrats gegenüber der Verwaltung sichtbar. Die Ressourcen der 70 Stadträte sind begrenzt und um auf Augenhöhe mit den 5.600 VerwaltungsmitarbeiterInnen zu diskutieren bedarf es oft großer Anstrengung. Unsere Aufgabe muss es jetzt sein aufzupassen, dass der neue-alte Naturschutzbeirat kein zahlloser Tiger bleibt.

### Neues aus dem Stadtrat

#### Skandaltheema „Herrenlose Grundstücke“

Der mit Stadträten aller Fraktionen besetzte Rechnungsprüfungsausschuss fordert, dass die Aufarbeitung der Problematik der „herrenlosen Grundstücke“ nicht mit der Kenntnisnahme des Prüfberichts beendet sein darf. Weil die Vorgänge „die Stadt im Allgemeinen und die Stadtverwaltung im Besonderen in äußerst schlechtem Licht dastehen lassen“, sei es unverstänlich, warum bislang keinerlei Sanktionen gegen die betroffenen MitarbeiterInnen ergriffen worden sind. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dem Stadtrat außerdem eine komplett neue Vorlage zugeleitet, um die Aufklärung der Vorgänge zu befördern. Er verlangt, dass die Aufarbeitung der noch nicht geprüften Akten „räumlich und sachlich vom derzeitigen Rechtsamt getrennt“ erfolgen soll – offenbar, um Vertuschungen zu erschweren. Außerdem soll die Verwaltung künftig mehrere Ausschüsse des Stadtrates monatlich über die Aufklärungsfortschritte informieren; der gesamte Stadtrat müsse am Ende eines jeden Quartals eine Information erhalten, heißt es. Notwendig sei auch eine „klare Prüfung und Zuordnung der Verantwortlichkeiten“ sowie die „Darstellung personeller und organisatorischer Konsequenzen“.



# Der Fisch stinkt von Kopf her

von Wolfram Leuze

**Das von dem früheren OBM und Ehrenbürger Hinrich Lehmann-Grube unmittelbar nach der Friedlichen Revolution geschaffene Leipziger Modell der sachorientierten Zusammenarbeit im Stadtrat war ein hervorragender Ansatz für eine transparente Leipziger Kommunalpolitik. Dieser Politikentwurf war gekennzeichnet von einem im Interesse der Stadt gelegenen Zusammenführen divergierender politischer Interessen. Das Leipziger Modell stand in seinem Anbeginn im eventuellen Gegensatz zu heute nicht für „eine Hand wäscht die andere“, „man kennt sich, man hilft sich“ oder „über Beziehungen verfügen“.**

Wie anders ist das Schweigen des OBM Jung (SPD) zu der politischen Verantwortung für den Skandal um die „herrenlosen Häuser“ zu erklären? Die fachlich für dieses juristische Debakel Verantwortlichen des Rechtsamtes sind benannt und entsprechende arbeitsrechtliche Konsequenzen sollen wohl gezogen werden. Aber eine Frage stellt sich nach wie vor und ist in ihrer Beantwortung offen: Wer hat die politische Verantwortung, und welche Konsequenzen hat der politisch dafür Verantwortliche zu tragen? Um diese Frage beantworten zu können, ist zunächst der Begriff der Verantwortung kurz zu definieren: Verantwortung ist ein Begriff der Möglichkeit. Unmöglichkeit ist nicht erfüllbar. Unmögliches ist der menschlichen Entscheidung entzogen und damit nicht Gegenstand der Verantwortung.

Es ist also die Frage an den Ersten Bürgermeister Müller (SPD) zu stellen, ob es für ihn als für das Rechtsamt verantwortlichen Beigeordneten unmöglich war, die seit nunmehr 20 Jahren andauernden Missstände im Rechtsamt im Umgang mit den Grundstücken mit unbekanntem Eigentümern zu erkennen. Es muss hier auf die Aufsichtspflicht des Dienstvorgesetzten für die ihm unterstellten Ämter hingewiesen werden. Dieser Aufsichtspflicht ist nicht damit Genüge getan, dass man sie nach dem Motto ausübt: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.“ Und es kann doch nicht ernsthaft behauptet werden, dass vom Rechnungsprüfungsamt zumindest seit dem Jahre 1999 keine mahnenden Menetekel an die Wand geworfen worden seien, man hat oder wollte sie aber nicht sehen. Man wollte an leitender Stelle des Dezernates I auch die

Warnmeldungen des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes aus dem Jahre 2000 nicht sehen. Unmöglich ist es somit sicher nicht gewesen, die Missstände im Rechtsamt beim Umgang mit Grundstücken mit unbekanntem EigentümerInnen zu erkennen.

Nein, Verantwortung für den derzeitigen Skandal kann nicht damit abgetan werden, dass es für den zuständigen Bürgermeister unmöglich gewesen sei, die im Rechtsamt herrschenden Missstände zu erkennen. Peinlich wird die Geschichte nunmehr, wenn die Pressestelle der Stadt unter Bezug auf die Häuser mit unbekanntem Eigentümer vermeldet: „Das Rathaus hat auf die Verantwortung des früheren Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee und der Ex-Finanzchefs Peter Kaminski und Bettina Kuala verwiesen.“ Die Leipziger Bevölkerung fragt sich nun wirklich: Was wird in der Verwaltung dieses Hauses gespielt? Etwa das beliebte Kinderspiel „Schnapp hat den Hut verloren“?

Nein, so kann man diesen Skandal nicht bewältigen. Neben den vom Rechnungsprüfungsausschuss eingeforderten Konsequenzen, neben den noch zu ziehenden Folgerungen auf der Personalebene des Rechtsamtes, stellt sich auch die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit in der Verwaltungsspitze. Es geht um die

Glaubwürdigkeit der Stadtpolitik in Leipzig. Zu dieser Glaubwürdigkeit gehört, dass man zu seiner Verantwortung steht und aus (s)einem Versagen in dieser Verantwortung die Konsequenzen zieht.

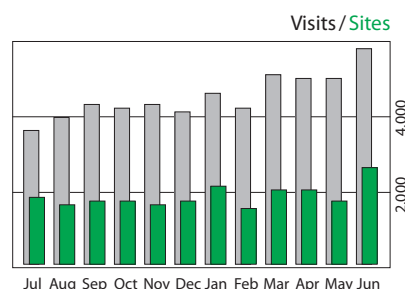
Das festgestellte Versagen der Verwaltung bei dem Umgang mit Grundstücken von unbekanntem Eigentümern ist ja kein Einzelfall. Umso mehr müsste der OBM an einer sauberen Aufklärung von Fehlverhalten und entsprechenden Konsequenzen interessiert ein. Die Bevölkerung dieser Stadt wünscht schließlich z. B. eine eindeutige Aufklärung der Frage, inwieweit die von dem Leiter des Jugendamtes, Siegfried Haller (SPD), angeregte und umgesetzte Umgestaltung des Allgemeinen Sozialdienstes eventuell mitursächlich ist für das schreckliche Sterben eines 2-jährigen Kindes in Gohlis.

Es ist zu billig, Konsequenzen immer nur auf der unteren Ebene zu ziehen, denn der Fisch stinkt vom Kopf her. Es kann und darf nicht sein, dass für die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt ein schlammiger Umgang mit den Regeln der Sorgfalt bei der ihnen zugeordneten Aufsichtspflicht folgenlos bleibt. Dann wäre das Leipziger Modell des OBM Jung in seinem heutigen Zustand nicht mehr weit vom Kölschen Klüngel entfernt. Es ist wohl Zeit für einen Wechsel!

## STADTRAT LIVE



Seit eineinhalb Jahren berichten wir jeden Monat zur Ratssitzung live und immer aktuell auf unserer Website über den Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen ausgewählter, besonders bedeutender Entscheidungen. Eine Woche vor der Ratsversammlung schon wird die Sitzung auf unserer Seite mit den wesentlichsten Themen angekündigt. Verpasste Sitzungen können im „Archiv Liveticker Ratsversammlung“ nachgelesen werden.



Die Zugriffe auf unsere Website haben sich - wie Sie der Grafik entnehmen können - seit einem Jahr von 3.570 BesucherInnen pro Tag auf 5.950 BesucherInnen pro Monat gesteigert, was wir im Wesentlichen dem Angebot des Vorhaltens dieser Informationen zurechnen.

Sind Sie noch nicht unter den Besuchenden, dann probieren Sie es das nächste Mal aus! Die nächste Ratsversammlung wird nach der Sommerpause am 20. September stattfinden.

Interessierten schicken wir gern vorab eine E-Mail mit den neuesten Informationen rund um die aktuelle Ratsversammlung zu.

**Möchten Sie das Angebot nutzen, dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an [gruenefraktion@leipzig.de](mailto:gruenefraktion@leipzig.de).**

Wir nehmen gerne Anregungen und weiterführende Kritik zum Liveticker entgegen. Aber nun: Klicken Sie sich ein!



# Chance ergreifen – agra-Brücke eingraben

von Cordula Rosch

## Unterstützung der Kampagne „alle bleiben! – Bleiberecht für Roma in Deutschland“

Die Grünen-Stadtratsfraktion sagt ja zum Antrag des Migrantenbeirats, der mehrheitlich im Sinne des Verwaltungsstandpunktes beschlossen wurde.

Die Stadt Leipzig gehört nun zu den UnterstützerInnen der Kampagne „alle bleiben! – Bleiberecht für Roma in Deutschland“ im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten.

Die Stadt Leipzig setzt sich für eine neue, stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für geduldete AusländerInnen mit langjährigem Aufenthalt ein und wird darauf dringen, dass Abschiebungen von Roma, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland bzw. Leipzig haben, in die Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens verhindert werden. In diesem Zusammenhang wird der OBM in geeigneter Form an den Freistaat Sachsen appellieren, eine neue Regelung hinsichtlich des Bleiberechts und der Erwerbsmöglichkeit zu prüfen, die ein dauerhaftes Bleiberecht sicherstellt.



## alle bleiben!

### Managementreports der städtischen Unternehmen veröffentlichen

Wir fordern, dass die Managementreports (die Statusberichte und Geschäftsvorfälle beinhalten) der Beteiligungsunternehmen, Eigenbetriebe, Stiftungen und Zweckverbände der Stadt zukünftig veröffentlicht werden.

Die Unternehmen und Beteiligungen der Stadt haben in Abständen Quartals- bzw. Geschäftsberichte vorzulegen. Wir sind der Auffassung, dass diese Informationen aus den Berichten vielen BürgerInnen helfen würden, ein Handeln von Stadt und Stadtrat in bestimmten Situationen besser nachvollziehen zu können, denn schließlich sind es ihre Gelder, die dort verbraucht oder erzielt werden.

**Gerade ist es wieder ruhig um die agra-Brücke, zumindest in den Medien. In den agra-Park hinein lärmt der Verkehr auf der B2. Das soll anders werden, die Chance besteht, wenn die marode Brücke – Baujahr 1976 – in den nächsten Jahren ersetzt werden muss.**

Diese Chance kann allerdings für Jahrzehnte verspielt sein, wenn die Brücke durch eine noch breitere Brücke ersetzt würde, so wie das Land Sachsen

be und die Karl-Tauchnitz-Straße oder die anderen Abfahrten kann diese Verkehrsmenge auf keinen Fall abgeleitet werden. Schon heute sind diese Straßen laute, stickige Staufallen.

Frühzeitig schon hat sich auf verschiedenen Ebenen Widerstand gegen die Brückenersatzbrücke formiert. Die Stadt Markkleeberg und der pro agra e. V. gingen zuerst in Angriffsposition gegen einen erweiterten Brückenersatzbau und forderten öffentlich, und mit finanziellen



Variantenrechnungen unterlegt, im Rahmen ihrer Bewerbung für die Landesgartenschau, eine abgesenkte, „gedeckelte“ Straßenführung der B 2 im Verlauf des Parkgeländes. Im Leipziger Stadtrat hat sich unsere Fraktion mit einem Antrag – Auftrag für OBM Jung, sich in jeder denkbaren Weise gegenüber der sächsischen Landesre-

derzeit noch plant und der Bundesverkehrswegeplan das bisher vorsieht.

Die Hochstraße wurde infolge des Braunkohletagebaus im Süden Leipzigs und der damit verbundenen Geländeüberplanungen kurzerhand über den agra-Park gebaut. Damit wurde der kulturhistorische agra-Park quasi auf der Stadtgrenze von Markkleeberg und Leipzig optisch zerschnitten. Täglich rollen heute über diese Straße ca. 31.000 Fahrzeuge. Es gibt trotz A 38 auf der B 2 weiterhin einen faktischen Nutzungsdruck, insbesondere für BerufspendlerInnen und als Verbindung zur A 38 spielt diese Straße eine wichtigen Verbindungsrolle.

gierung für eine Tieferlegung der B 2 im Bereich des agra-Parks einzusetzen – engagiert, ebenso die SPD-Fraktion und die Linksfraktion. Inzwischen hat sich auch die Stadt Leipzig gegenüber dem Land Sachsen und der Landesstraßenbehörde hinter die Forderung Markkleebergs für die gedeckelte Straßenführung im Verlauf des agra-Parks gestellt. Zudem muss als ein weiterer nötiger Schritt die B2 als Bundesstraße entwidmet werden, damit der dafür gültige Standard nicht Anwendung finden muss!

Sachsen plant nun eine neue Brücke über die agra, die den Anforderungen einer Bundesstraße gerecht werden müsse. Man rechne dann mit bis zu 70.000 Fahrzeugen auf der Straße täglich und müsse entsprechend den heute gültigen Standards an Sicherheit und Spurbreiten einer Bundesstraße zwingend um 3 m Standstreifen je Seite und insgesamt um 8 m breiter bauen. Wo soll der angekündigte Kfz-Mehrverkehr aus dem Süden in Leipzig denn hin? Über die Harkortstra-

Die Stadt Leipzig wie auch die Stadt Markkleeberg haben bei dieser Baumaßnahme ausgesprochen wenig entscheidenden Einfluss, da die faktische, planerische und finanzielle Hoheit beim Bund und beim Land Sachsen liegen. Die Stellungnahmen der beteiligten Städte werden im Prinzip erst im noch einzuleitenden Planfeststellungsverfahren vom Bauträger abgefragt werden. Nach dem Motto „wer zahlt, bestimmt das Menü“ wurde schon durch den Freistaat und das Bundesbauministerium über die Presse mehrmals dargelegt, als Brückenersatz käme nur eine Brücke infrage. Hauptsächlich Begründung da-



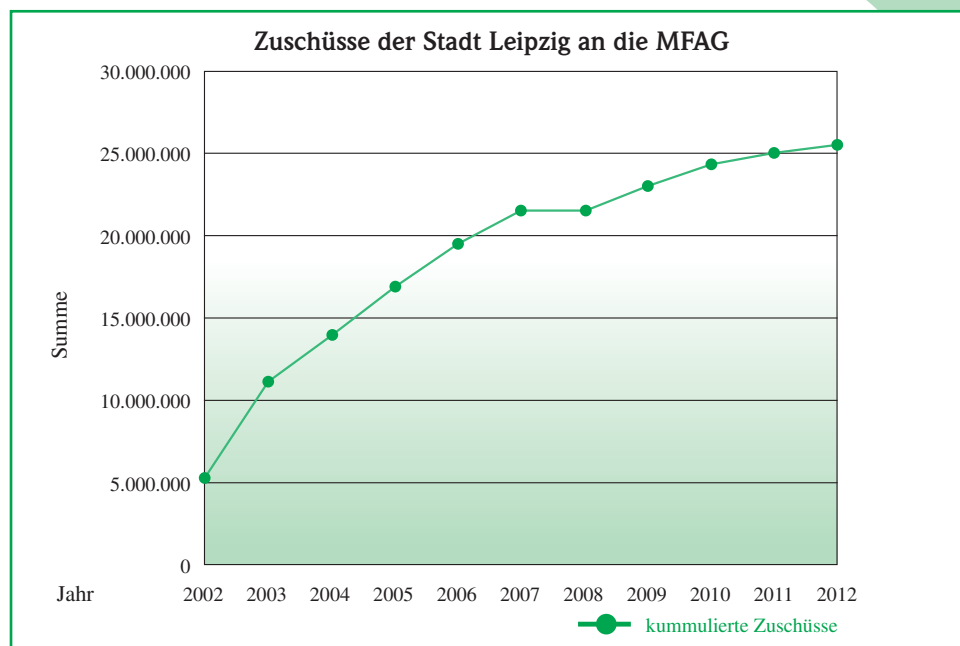
bei sind die immensen Zusatzkosten bei einer Tieferlegung der Straße, die Kostenrechnungen aus Markkleeberg für die natur- und kulturverträgliche Alternative seien dagegen nicht seriös. Hier, an dieser Stelle habe ich gerade die gleichen Zweifel, denn in den Ministerien werden wohl keine passgenauen Gutachten gerechnet?

Das werde ich, so wie viel andere auch, als Grund nicht akzeptieren – und zwar darum, weil die Brücke auf unserem Territorium liegt. Das Land Sachsen und seine Asphaltpolitik hat bis zum Ausstellungsbeschluss und über die sonstigen Planungsstufen ja auch noch Zeit und Gelegenheit, die eigenen Pläne differenziert zu prüfen. Darauf hoffe ich. Ein Einlenken ist nicht notwendigerweise ein Machtverzicht! Dazu ist unser gemeinsamer frühzeitiger und nichtabebbender Protest gegen die Brücke von allen Seiten unentbehrlich.

Verhindern wir die Brücke, den damit verbundenen weiteren Eingriff in den agr-Park und das Ende der Hoffnung auf einen ruhigen, gestalteten Parkbereich für Erholungsuchende, der zudem für den Freizeitverkehr eine wichtige Verbindungsfunktion in den Südraum übernehmen könnte! Weitermachen! Stuttgart 21 ist irgendwie überall.

## Flughafen wird nicht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen – warum?

von Katja Rahnefeld



**Am 14. Dezember 2005 hat der Stadtrat zunächst auf unsere Initiative hin, dann auf Vorschlag der Verwaltung, eine Verringerung der Aktienanteile der Stadt Leipzig an der Mitteldeutschen Flughafen AG (MFAG) von 7,96 % auf 2,1% einstimmig bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Umso mehr wundert es mich, dass wir bei unserem erneuten Vorstoß, Anteile am Flughafen abzutreten, auf heftige Gegenwehr stoßen.**

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation ist die Privatisierung städtischer Unternehmen Thema in Verwaltung und Stadtrat. Erst kürzlich wurde der Verkauf von perdata und HL komm beschlossen. Warum steht aber nicht auch der Flughafen zur Disposition? Tatsächlich können wir mit unserer Beteiligung von 2,1 % an der MFAG nichts ausrichten, geben aber jährlich mindestens eine halbe Mio. € an den Flughafen.

Mit unserem Antrag sollte die Stadtverwaltung beauftragt werden, mit der Sächsischen Landesregierung über die Übernahme der durch eine Reduzierung der Flughafenanteile der Stadt Leipzig von 2,1 % auf 0,2 % freiwerdenden 1,9 % durch die Sächsische Landesregierung zu verhandeln. Wir hätten uns gewünscht, dass die Stadt Leipzig dem Beispiel der Stadt Halle folgt und ihren Anteil auf 0,2

% (entspricht einem jährlichem Investitionszuschuss von 49.115 € statt der bislang 518.900 €) reduziert bzw. veräußert. Die Stadt Leipzig hat bisher den Flughafen Leipzig (und auch den Flughafen Dresden) über die MFAG mit ca. 80 Mio. € subventioniert. Allein im Zeitraum von 2009 bis 2011 sind 5,2 Mio. € Steuermittel aus dem Haushalt der Stadt Leipzig an die MFAG geflossen.

Trotz dieser bisher über 80 Mio. € Steuermittel haben die Vertreter der Stadt Leipzig in den Aufsichtsräten der MFAG (Oberbürgermeister Jung) bzw. des FLH (Wirtschaftsbürgermeister Albrecht) keinen nennenswerten bzw. nachhaltigen Einfluss auf die Strategie bzw. Entscheidungen des Flughafens ausüben können. So sind etwa die Forderungen der Stadt Leipzig, darunter vier Stadtratsbeschlüsse zum Flughafenausbau, und der dringende Wunsch nach aktivem Lärmschutz, einem Verbot der alten lauten Maschinen, einer ordentlichen Auslastung der Startbahnen sowie der Abschaffung der Südabkurvung bislang ohne Ergebnis geblieben bzw. ignoriert worden.

Auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) zum Frankfurter Flughafen sieht im Übrigen Bürgermeister Rosenthal für Leipzig keine veränderte Rechtslage. Die Umweltverwaltung

### Stadtrat beschließt 3. Altenhilfeplan Leipzig 2012 und Seniorenpolitische Leitlinien – Erstes Seniorenbüro in Grünau eröffnet

Für Leipzig wird nach der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzung 2009 in den folgenden 15 Jahren, also bis zum Jahr 2024, prognostiziert, dass die Zahl der über 60-Jährigen von 140.000 auf 160.000 Personen und der über 80-Jährigen von 27.000 auf 45.000 Personen zunimmt. Irmgard Gruner, Vorsitzende und unsere Vertreterin im Seniorenbeirat: „Diese Entwicklung stellt die Stadt Leipzig vor Herausforderungen, für deren Bewältigung schon jetzt im Maßnahmenplan zum Altenhilfeplan konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet werden. Der Stadtrat hat dazu beschlossen, ein erstes Seniorenbüro bereits im ersten Quartal 2012 als Modellprojekt im Stadtteil Grünau einzurichten. Er folgte damit inhaltlich einem Antrag des Seniorenbeirates. In Stadtteilen mit einem hohen Anteil Älterer soll geprüft werden, ob weitere folgen sollen.“

will beobachten, ob das Urteil des BVG Auswirkungen in Leipzig haben wird. Und OBM Jung erklärt sich ausdrücklich für den 24-Stunden-Betrieb des hiesigen Flughafens, weil er dies in der Abwägung für wirtschaftlich sinnvoll und notwendig hält. Die Reden der Verwaltungsspitze zum Flughafen sind so kämpferisch, aber wofür? Die Verwaltung möchte die Reduzierung der Anteile nicht, um ihren Einfluss auf den Flughafen ausüben zu können. Welchen Einfluss, frage ich mich hier?

Auch wir sind, wie wir immer sagen, keine FlughafengegnerInnen. Wir möchten nur, dass auch die, die von den negativen Auswirkungen des Flughafens betroffen sind, gehört und ihnen soweit wie möglich geholfen werden kann. Da wir eine Reduzierung der Anteile selbst absolut nicht maßgeblich für die Entwicklung und unseren Einfluss auf den Flughafen sehen, wäre das ein völlig unschädlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gewesen, der leider von der Verwaltung und den anderen Fraktionen nicht gewollt ist. Obwohl wir das Geld doch zur Entschuldung und für die wichtigen Aufgaben, z. B. die Sanierung und den Bau von Schulen sowie Kitas, dringend benötigen.

## Neuer Vereinsleitfaden!

Es gibt viele Vereine in Leipzig und viele Menschen, die gern einen Verein gründen möchten, aber unsicher sind, wie sie dazu kommen, was sie benötigen oder besser lassen. Das haben wir zum Anlass genommen und eine Neuauflage unseres Vereinsleitfadens herausgegeben.

Für bestehende Vereine haben wir aus unserer reichlichen Vereinerfahrung eine Vielzahl von Hinweisen, die Informationen zur städtischen Vereinsförderung und neue rechtliche Festlegungen zusammengetragen. Gruppen, die einen Verein gründen wollen, können eine Übersicht mit den Notwendigkeiten bis zur Gründung nachlesen. Sie finden in dieser Broschüre auch Kontaktadressen und den einen oder anderen nützlichen Ratschlag.

Ab sofort bieten wir die Broschüre an. Dazu haben wir begonnen, die Vereine



zu besuchen, die Broschüre vorzustellen und – wenn gewünscht – ein paar kostenfreie Exemplare zu überlassen. Aber auch ein Besuch in unserer Geschäftsstelle ist während unserer Geschäftszeiten jederzeit möglich. Natürlich steht der neue Vereinsleitfaden auch als Download auf unserer Website zur Verfügung.

**Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und viel Freude an und mit Ihrem Verein!**

## Neues aus dem Stadtrat

### Diskussionsveranstaltung „Kindertagespflege – Tatsachen und Optionen“

Am 9. Juli 2012 veranstalteten wir eine Diskussionsrunde mit den Initiatoren der Forderung nach einer Neuordnung der Finanzierung der Kindertagespflege unter Beteiligung einer Vertreterin des



Deutschen Jugendinstitutes (DJI), des Amtes für Jugend, Familie und Bildung sowie etwa 70 interessierten Tagesmüttern und -vätern, Eltern und Inte-

ressierten. Die Veranstaltung hatte zum Ziel, unseren Stadtratsantrag, welcher eine Überprüfung der aktuellen Finanzierungsgrundlage der Tagespflege in Leipzig fordert, mit den aktuellen Problemlagen der Tagesmütter und -väter zu flankieren und gleichzeitig Modelle und Optionen, die in anderen deutschen Städten praktiziert werden oder von wissenschaftlicher Seite empfohlen werden, zu diskutieren. Insofern war dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, dass die betroffenen Praktiker mit der Verwaltung ins Gespräch kommen und so auf ihre Nöte und die Dringlichkeit einer Neuregelung der finanziellen Entlohnung aufmerksam machen konnten. Es wurde deutlich, unter welchen schwierigen Bedingungen die Tagesmütter und -väter in Zeiten knapper Kitaplätze und damit einhergehenden unsicheren Vertragssituationen zu kämpfen haben. Steht beispielsweise für ein dreijähriges Kind noch kein Kitaplatz zur Verfügung, verbleibt es vorerst bei der Tagespflegeperson, was aber wiederum Auswirkungen auf bereits geschlossene Verträge mit neuen Kindern hat, die aufgenommen werden sollten. Genauso kommt

es bei plötzlicher Verfügbarkeit eines Kitaplatzes zu kurzfristigen Kündigungen, ohne dass nahtlos Ersatz zu finden ist und ein Platz auf Kosten der Tagesmutter für einen Übergangszeitraum frei bleibt.

Nichtsdestotrotz wurde nochmals deutlich, dass die Kindertagespflege für die Stadt Leipzig eine im Vergleich zur Kitabetreuung sehr kostengünstige Variante der Betreuung der unter 3-jährigen Kinder ist, die Finanzierung aber nicht zu Gunsten des städtischen Haushaltes auf Kosten der bemühten Tagesmütter und Tagesväter gehen darf. Nötig ist daher die geforderte Neuregelung der Finanzierung der Kindertagespflegesätze, frei von Denkbarrieren. Anregungen gab es in der Veranstaltung viele, welche nunmehr weiter ausdiskutiert werden müssen. Dazu sollen auf Vorschlag des Jugendamtes die Gespräche mit den Tagesmüttern und -vätern in einer Arbeitsgruppe fortgesetzt werden, um letztlich eine am Bedarf orientierte Lösung zu finden. Wir halten dies für ein erstes sehr gutes Ergebnis, auf dem sich hoffnungsvoll aufbauen lässt.



# Ratsspieß



Wer wohl diesen Rat des OBM nötig hatte: „Wenn Sie unsicher sind, schauen Sie, wie ich abstimme.“?



Stadtrat Hesselbarth (FDP) zu den manchmal schon fast hysterisch zu nennenden Ausbrüchen von Stadtrat Schlegel (Die Linke.): „Laut ist nicht immer richtig!“



Eine Aufgabe stellte der OBM der Freien Szene auf Nachfrage von Norman Volger: „Wenn die Beatles noch mal in der Distillery auftreten, werde ich alles dafür tun, dass die Distillery bleibt.“



Fraktionschef Wolfram Leuze beendete seine Begrüßung in Richtung abendlich leere Besuchertribüne mit „sehr geehrtes Wachpersonal“.



Als am Ende seiner Rede in Teilen des Saals das Licht ausfiel, bemerkte Stadtrat Grosser (Die Linke.): „Nu mussch noch mol von vorne anfangn“.



Offenherziges Bekenntnis des OBM: „Meinen Sie, ich freue mich, dass auf jedem Knöllchen steht ‚Der Oberbürgermeister‘?“



Nachdem Stadtrat Herrmann (Die Linke.), der wegen einer hinter ihm stehenden schwarzen Kamera schlecht zu sehen war, verlangt hatte, diese in eine rote zu wechseln, entgegnete Versammlungsleiter Bürgermeister Müller: „Das obliegt leider allein der Pressefreiheit!“



Ingo Sasama hatte (fast) alle Lacher auf seiner Seite, als er Stadtrat Schlegel (Die Linke.) als „stadtbekanntes Resonanzboden der Verwaltung“ bezeichnete.



Ansgar Maria König attestierte der Verwaltung nach 2(!)-jähriger Beratung der Neufassung der Sondernutzungssatzung hier „Dienst nach Vorschrift“ getan zu haben, und fügte an: „Leider gibt es noch keine Vorschrift, die heißt:

„Den Kopf zum denken benutzen!““ Was der OBM nach nunmehr einstimmiger Beschlussfassung etwas humorvoll kommentierte: „Ich finde: Solch ein Ergebnis nach zwei Jahren – da ist die Kritik nicht berechtigt“.



Als Kämmerer Bonew (CDU) einige Nullen bei Zahlen in einer Vorlage korrigieren musste, erklärte er offenerherzig: „Ich hab’s nicht so mit Zahlen – es ist einfach nur viel Geld.“



Auf das Chaos im Rechtsamt eingehend, bemerkte die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Hantschick (Die Linke.): „Wir schlagen vor, dass das Rechtsamt reorganisiert wird – vielleicht müsste man besser sagen: endlich organisiert wird“ – und zum gleichen Anlass (ein Schelm der Böses dabei denkt): „Bei mehr als 100.000 € Gewinn möchten wir als Rechnungsprüfungsausschuss beteiligt werden“.



Und Stadtrat Engelmann (Die Linke.) fasste das, was manche Zuhörende schon immer so empfunden hatten, so zusammen: „Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, weil: Es ist alles gesagt! Aber eins muss ich noch sagen ...“.



Roland Quester bei seiner Rede zum Verkauf der HL komm und dessen wirtschaftlichen Unsinn: „Wir verkloppen zum Buchwert und einen Schnaps obendrauf“.



## Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an:  
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig**

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:  
**GrueneFraktion@Leipzig.de**

## Impressum

Herausgeber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Neues Rathaus / Zimmer 103

Martin-Luther-Ring 4 - 6  
04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175  
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de  
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:  
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig  
BLZ 860 555 92  
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:  
Ingo Sasama (Vi.S.d.P.), Cordula Rosch,  
Katja Rahnefeld

Fotos und Abbildungen:  
Fraktionsgeschäftsstelle,  
S. 8 Schnorr von Carolsfeld Bibel in  
Bildern 1860

Druck:  
Druckerei Hennig, 04416 Markkleeberg  
Magdeborner Straße 7,  
Auflage: 1.600



**Wolfram Leuze**  
Fraktionsvorsitzender

Jurist i. R.  
Jahrgang 1939  
verheiratet  
2 Kinder  
1 Enkel

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



**Annette Körner**  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Betriebliche Umweltbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein UiZ  
Jahrgang 1962  
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen, FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB, Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



**Katharina Krefft**  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ärztin  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
3 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg, AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



**Norman Volger**  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Geschäftsführer DAKS e. V.  
Jahrgang 1978  
verheiratet  
1 Kind

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL, AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



**Heike König**

Projektmanagerin  
Jahrgang 1962  
verheiratet  
4 Kinder  
3 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, BA Stadtreinigung und Bestattungswesen, AR Stadtwerke, AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



**Ansgar Maria König**

Sänger  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
4 Kinder  
3 Enkel

BA Kulturstätten, FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB, AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



**Roland Quester**

Leiter der Leipziger Umweltbibliothek  
Jahrgang 1965  
Lebensgemeinschaft  
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender), AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder- und Familienbeirat



**Malte Reupert**

Bio-Landwirt  
Inhaber „Biomare“  
Jahrgang 1970  
Patchwork-Familie  
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung, Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUJUL, AR LVV



**Bert Sander**  
(WVL)

Freiberuflicher Lektor  
Dozent  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur, FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



**Ingo Sasama**

Fraktionsgeschäftsführer  
Jahrgang 1960  
verheiratet  
3 Kinder  
1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport, FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss, AR LWB, AR LECOS



**Michael Schmidt**

Kommunikations-/Medien-/Politikwissenschaftler  
Jahrgang 1977  
Lebensgemeinschaft  
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



**Katja Rahnefeld**

Referentin  
Jahrgang 1977  
verheiratet  
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen, städtische Wahlkommission



**Cordula Rosch**

Referentin  
Jahrgang 1968  
verheiratet  
3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen, AG Recht auf Wohnen



**Alrun Tauché**

Fraktionsmitarbeiterin  
Jahrgang 1967  
verheiratet

Stadtbezirksbeirat Mitte